

Vorlage		Vorlage-Nr: FB 11/0039/WP18
Federführende Dienststelle: FB 11 - Fachbereich Personal, Organisation, E-Government und Informationstechnologie Beteiligte Dienststelle/n:		Status: öffentlich
		Datum: 12.07.2021
		Verfasser/in: Kerstin Bläsius
Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses am 10.06.2021 (öffentlicher Teil)		
Ziele: keine		
Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
26.08.2021	Personal- und Verwaltungsausschuss	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Der Personal- und Verwaltungsausschuss genehmigt die Niederschrift über die Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses vom 10.06.2021 (öffentlicher Teil).

Anlage/n:

Niederschrift über die Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses vom 10.06.2021 (öffentlicher Teil)

N i e d e r s c h r i f t
**öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Personal- und
Verwaltungsausschusses**

18. Juni 2021

Sitzungstermin:	Donnerstag, 10.06.2021
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	18:20 Uhr
Ort, Raum:	Tivoli Aachen - Businessbereich, Krefelder Straße 205, 52070 Aachen

Anwesende:

Ratsfrau Annika Fohn

Ratsfrau Ursula Epstein

Vertretung für: Ratsfrau Ellen Begolli

Ratsfrau Elke Eschweiler

Ratsherr Achim Ferrari

Ratsfrau Dr. Susanne Kütke

Ratsfrau Sigrid Moselage

Ratsfrau Daniela Parting

Ratsherr Hermann Josef Pilgram

Vertretung für: Ratsfrau Ulla Griepentrog

Ratsfrau Dr. Margrethe Schmeer

Frau Rita Dautzenberg

Herr Ludger Eickholt

Herr Hans Keller

Vertretung für: Frau Jana Keller

Frau Doris Kurschilgen

Vertretung für: Frau Relindis Becker

Herr Jan Langbehn

Herr Lars Lübber

Vertretung für: Ratsherr Birdal Dolan

Frau Ute Nußbaum

Abwesende:

Ratsfrau Ellen Begolli	entschuldigt
Ratsherr Birdal Dolan	entschuldigt
Ratsfrau Ulla Griepentrog	entschuldigt
Ratsherr Wolfgang Palm	entschuldigt
Frau Relindis Becker	entschuldigt
Frau Jana Keller	entschuldigt

als Teilnehmende der Verwaltung:

Frau Martina Augardt	FB 11
Frau Sabine Bausch	FB 01/GSB
Herr Dieter Begaß	FB 02
Herr Berthold Hammers	FB 11
Frau Diana Kleinholz	FB 11
Herr Dr. Markus Kremer	Dez. V
Frau Linda Plesch	FB 13
Frau Natascha Rohde	FB 61
Herr Karlheinz Welters	GPR

als Gast:

Frau Claudia Plum	CDU
-------------------	-----

als Schriftführerin:

Frau Kerstin Bläsius

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der öffentlichen Sitzung**

- 2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses vom 29.04.2021 (öffentlicher Teil)**
Vorlage: FB 11/0036/WP18

- 3 Evaluation des Gleichstellungsplans**
Vorlage: FB 11/0035/WP18

- 4 Stellenplan 2021**
 - 4.1 Stelleneinrichtungen, Verlängerung von kw-Vermerken und Umwandlung der Stellen für therapeutische Kräfte im Bereich der städtischen Kindertageseinrichtungen**
Vorlage: FB 11/0034/WP18

 - 4.2 Einrichtung von 3,0 Stellen in den Fachbereichen Wirtschaft, Wissenschaft, Digitalisierung und Europa (FB 02) und Stadtentwicklung, -planung und Mobilitätsinfrastruktur (FB 61) für die Regionalplanung und -entwicklung**
Vorlage: FB 11/0033/WP18

- 5 Mitteilungen der Verwaltung**

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der öffentlichen Sitzung

Die Ausschussvorsitzende Ratsfrau Fohn (CDU) eröffnet um 17:00 Uhr den öffentlichen Sitzungsteil der Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses und begrüßt die Anwesenden. Es werden keine Anträge auf Änderung bzw. Erweiterung der Tagesordnung gestellt. Die Ausschussmitglieder beschließen die bestehende Tagesordnung einstimmig.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses vom 29.04.2021 (öffentlicher Teil)

Vorlage: FB 11/0036/WP18

Einlassungen ergeben sich zu diesem Tagesordnungspunkt nicht.

Der Personal- und Verwaltungsausschuss beschließt einstimmig.

Beschluss:

Der Personal- und Verwaltungsausschuss genehmigt die Niederschrift über die Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses vom 29.04.2021 (öffentlicher Teil).

zu 3 Evaluation des Gleichstellungsplans

Vorlage: FB 11/0035/WP18

Frau Bausch (FB 01/GSB) und Frau Augardt (FB 11) stellen gemeinsam die Inhalte des Zwischenevaluationsberichtes des Gleichstellungsplanes der Stadt Aachen im Rahmen einer Präsentation vor. Die Zielerreichung innerhalb der festgelegten Handlungsfelder und die damit verknüpften Maßnahmen werden einer detaillierten Betrachtung unterzogen.

Im Anschluss an die Präsentation berichtet Frau Dautzenberg (SPD), dass es in ihrer Behörde möglich sei, Führungsstellen nicht nur mit 2 Teilzeitkräften, die eine ganztägige Besetzung sicherstellen, zu besetzen, sondern auch mit einer stundenreduzierten Kraft. Sie hinterfragt, ob dies auch bei der Stadtverwaltung Aachen möglich sei.

Herr Dr. Kremer (Dezernat V) merkt diesbezüglich an, dass die hiesige Verwaltung -es gebe konkrete Beispiele- dies bereits schon seit vielen Jahren in verschiedenen Bereichen praktiziere. In diesen Konstellationen werde zur Vermeidung von Überforderung selbstverständlich dafür Sorge getragen, dass zwingend der Unterbau beispielsweise durch eine Assistenz entsprechend gestärkt werde. Führen in Teilzeit stelle ein sehr wichtiges Instrument im Rahmen der Frauenförderung dar.

Ratsherr Pilgram (GRÜNE) erkundigt sich, ob der Verwaltung -auch mit Blick auf eine bessere Beurteilungsmöglichkeit seinerseits- zu dem vorgestellten Zahlenwerk Vergleichszahlen aus anderen Kommunen vorlägen. Zudem interessiere ihn, in welcher Form das Gleichstellungsbüro Öffentlichkeitsarbeit leiste, da man seiner Einschätzung nach relativ wenig über das Thema Gleichstellung höre und die Publikationen auf der Webseite des Gleichstellungsbüros älteren Datums seien. Abschließend bitte er um Mitteilung, wie die Verwaltung im Besonderen mit dem Themenfeld „Frauen und Digitalisierung“ umgehe.

Herr Dr. Kremer (Dezernat V) erläutert, dass die Verwaltung rund um das Themenfeld Gleichstellung inhaltlich gut aufgestellt sei. Beispielhaft aufgeführt seien in diesem Kontext sowohl das Ausbildungsprogramm der Feuerwehr für Notfallsanitäter*innen als auch die Einführung der praxisintegrierten Ausbildung im Erziehungsberuf, mit welcher die Verwaltung Neuland betreten habe und die im interkommunalen Vergleich beispielgebend sei. Grundsätzlich gestalte es sich bei diesem Themenkomplex über Statistiken der Geschlechterverteilung hinaus schwierig, sich an Benchmarks zu orientieren. Das Gleichstellungsbüro sei jüngst auch personell verstärkt worden, so dass es in allen Handlungsfeldern nunmehr noch mehr Fahrt aufnehmen könne. Des Weiteren liefere ein Projekt im Rahmen der Modellregion für Digitalisierung, welches sich mit den Auswirkungen der Digitalisierung auf den Menschen beschäftige. Aktuell sei unter Federführung des leitenden städtischen Betriebsarztes, Herrn Castillo, gemeinsam mit zwei weiteren Kommunen das geförderte Kooperationsprojekt „Gesundheit und digitaler Wandel“ ins Leben gerufen worden. Herr Castillo werde den Mitgliedern des Personal- und Verwaltungsausschusses die Ergebnisse nach Projektabschluss vorstellen.

Frau Bausch (FB 01/GSB) fügt ergänzend an, dass das Thema Gleichstellung im Fokus stehe und auch präsent sei; es unterliege jedoch „konjunkturellen“ Schwankungen. Das Gleichstellungsbüro setze die zentralen Aspekte von Gleichstellungsarbeit und darüber hinaus punktuelle Themenfelder um, indem es Bürger*innen und Multiplikator*innen berate, die Gleichstellung innerhalb der Stadtverwaltung Aachen fördere und Veranstaltungen sowie Ausstellungen rund um das Thema Gleichberechtigung organisiere. Der Gleichstellungsplan erscheine alle 5 Jahre und somit werde der nächste Plan Ende 2022 vorgelegt. Bis dahin werde das Monitoring weitergeführt, sodass auch längerfristige Verläufe ersichtlich blieben. Die Anmerkungen nehme sie gerne mit.

Ratsfrau Eschweiler (CDU) bedankt sich für den lebendigen Vortrag und die viele Arbeit, welche -auch mit Blick auf die Herausforderung, während der Corona-Krise die Chance zur Weiterentwicklung des Themenfeldes zu nutzen- dahinterstecke. Sie freue sich auf die Fortschreibung des Gleichstellungsberichts.

Ratsfrau Moselage (FDP) ist erfreut, dass die Arbeitgeberin Stadt Aachen eine Vorreiterrolle übernommen habe. Es sei sowohl für die Gesellschaft als auch für private Arbeitgebende wichtig, als Vorbild zu agieren. Entsprechend müssten die Rahmenbedingungen stimmen. Sie erkundigt sich bei Frau Bausch, welches kurzfristige Ziel sie habe.

Frau Bausch (FB 01/GSB) erläutert, dass ihr besonders die Zielverfolgung rund um das Themenfeld Partnerschaftlichkeit mit geteilter Verantwortungsübernahme wichtig sei.

Frau Kurschilgen (GRÜNE) nimmt Bezug auf die Teilaspekte „Teilzeit“ und „Finanzfortbildung für Frauen“ im Rahmen der Präsentation. Teilzeit gehe häufig mit Altersarmut einher. Ihres Wissens würden Beamtinnen und Beamte bei der Anrechnung von Erziehungszeiten schlechter gestellt als Beschäftigte. Könne hier eine Änderung des Beamtenrechts veranlasst werden.

Frau Bausch erläutert, dass der Schwerpunkt der Veranstaltung auf eine strategische Planung im Bereich der finanzierten Absicherung ausgerichtet sei. Zur gesetzlichen Komponente könne sie keine Aussage tätigen.

Die Präsentation wird der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Der Personal- und Verwaltungsausschuss beschließt einstimmig.

Beschluss:

Der Personal- und Verwaltungsausschuss nimmt die Ausführungen zur Evaluation des Gleichstellungsplans zur Kenntnis.

zu 4 Stellenplan 2021

zu 4.1 Stelleneinrichtungen, Verlängerung von kw-Vermerken und Umwandlung der Stellen für therapeutische Kräfte im Bereich der städtischen Kindertageseinrichtungen

Vorlage: FB 11/0034/WP18

Herr Dr. Kremer (Dezernat V) erläutert vorweg, dass es sich bei dieser Vorlage um eine Routinevorlage handele. Im Rahmen der Fortschreibung der Kindertagesstättenbedarfsplanung sei aufgrund der sich veränderten Platzzahlen und Buchungskontingente eine jährliche Überprüfung und gegebenenfalls Anpassung der zur Verfügung stehenden personellen Ressourcen erforderlich. An dieser Stelle möchte er darauf hinweisen, dass die aktuelle Neuberechnung der Bedarfe zu einer finanziellen Verbesserung für den gesamtstädtischen Haushalt in Höhe von über 200.000 € führe. Zudem sei im Kontext der Einführung des Bundesteilhabegesetzes eine gute Lösung für die vorhandenen Stellen für therapeutische Kräfte gefunden worden. Darüber hinaus zeichne sich ab, dass die Schließung der Bedarfslücke der noch im vorletzten Jahr bestehenden Stellenvakanzen in einer Größenordnung von 37 Vollzeitstellen im Bereich der städtischen Kindertageseinrichtungen gelungen sei. Momentan befinde die Verwaltung sich -auch aufgrund der politischen Unterstützung- in einer entspannteren Situation. Zum Start des KiTa-Jahres deute sich vielleicht sogar ein Überhang an Erzieher*innen-Fachkräften an. Der gemeinsam mit der Politik eingeschlagene Weg zeige entsprechende Erfolge und er sehe daher grundsätzlich positiv in die Zukunft.

Ratsfrau Epstein (DIE LINKE) erkundigt sich, inwieweit -wenn es sich so ergebe- auch der Überhang an Erzieher*innen übernommen würde.

Herr Dr. Kremer (Dezernat V) betont, dass städtischerseits die Absicht bestehe und er sich dann auch selbstverständlich dafür einsetzen werde, dass die Überbedarfsausbildungen einer Übernahme zugeführt würden. Dies auch mit Blick darauf, dass gerade der Bereich der städtischen Kindertageseinrichtungen einer dynamischen Entwicklung im Personalbestand und auf dem Arbeitsmarkt unterliege und Rahmenbedingungen sich entsprechend schnell verändern könnten.

Ratsherr Ferrari (GRÜNE) hinterfragt den Punkt f „Umwandlung von 15 Vollzeitstellen für therapeutische Kräfte in 30 halbe Stellen für „Fachkräfte BTHG““ des Beschlussvorschlages. Die Anzahl der Stellen erscheine ihm sehr hoch und zudem bitte er um Auskunft, ob dieser Umstand für die Verwaltung vorhersehbar gewesen sei.

Herr Dr. Kremer (Dezernat V) führt mit Verweis auf die Erläuterungen der Vorlage aus, dass die therapeutischen Kräfte bislang in den sogenannten „Anker-Kitas“ eingesetzt worden seien, in denen eine gewisse Anzahl der vorhandenen Plätze für Kinder mit (drohender) Behinderung vorgehalten wurden. Mit in Kraft treten der dritten Stufe des Bundesteilhabengesetzes (BTHG) zum 01. Januar 2020 werde u.a. auch die Förderung von Kindern mit (drohender) Behinderung geregelt. Ziel der neuen gesetzlichen Regelung sei dabei, jedem Kind die Möglichkeit zu eröffnen, in jeder Einrichtung betreut zu werden. Damit sei der Gedanke der „Anker-Kitas“ langfristig nicht mehr aufrecht zu erhalten, da die Kinder zukünftig nicht mehr überwiegend nur in diesen Einrichtungen betreut würden. Die Verwaltung habe mit der Umwandlung der Stellen auf die neuen Gegebenheiten reagiert.

Der Personal- und Verwaltungsausschuss beschließt einstimmig.

Beschluss:

Der Personal- und Verwaltungsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Auf Vorschlag der Oberbürgermeisterin empfiehlt er dem Rat der Stadt Aachen auf Grundlage der jährlich fortgeschriebenen Kindertagesstättenbedarfsplanung (KBPL) die Veränderung des Stellenplans 2021 durch

- a. Einrichtung von vier Vollzeitstellen für Erzieher*innen (auszuweisen nach EG S 8a TVöD-SuE),
- b. Einrichtung von sechs halben Stellen für Erzieher*innen (auszuweisen nach EG S 8a TVöD-SuE),
- c. Einrichtung von vier Vollzeitstellen für Ergänzungskräfte (auszuweisen nach EG S 3 TVöD-SuE),
- d. befristete Einrichtung von zehn halben Stellen für „Erzieher*innen plusKiTas“ (auszuweisen nach EG S 8a TVöD-SuE) (Anbringung kw-Vermerk 2024) sowie
- e. Verlängerung der kw-Vermerke (kw2021 ⇒ kw2024) an 14 halben Stellen für „Erzieher*innen plusKiTas“ (ausgewiesen nach EG S 8a TVöD-SuE) und drei halben Stellen „Erzieher*innen plusKiTas“ (ausgewiesen nach EG S 8b TVöD-SuE).

Darüber hinaus empfiehlt er dem Rat der Stadt Aachen im Kontext der Einführung des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) die Veränderung des Stellenplans 2021 durch

- f. Umwandlung von 15 Vollzeitstellen für therapeutische Kräfte (ausgewiesen nach EG 9a TVöD) in 30 halbe Stellen für „Fachkräfte BTHG“ (auszuweisen nach EG S 8b TVöD-SuE) sowie
- g. Umwandlung von zehn halben Stellen für therapeutische Kräfte (ausgewiesen nach EG 9a TVöD) in zehn halbe Stellen für „Fachkräfte BTHG“ (auszuweisen nach EG S 8b TVöD-SuE).

zu 4.2 Einrichtung von 3,0 Stellen in den Fachbereichen Wirtschaft, Wissenschaft, Digitalisierung und Europa (FB 02) und Stadtentwicklung, -planung und Mobilitätsinfrastruktur (FB 61) für die Regionalplanung und -entwicklung
Vorlage: FB 11/0033/WP18

Herr Dr. Kremer (Dezernat V) führt vorweg erläuternd aus, dass die zur Beratung vorliegende Vorlage bisher keinen Deckungsausgleich enthalte. Im Rahmen der heutigen Sitzung möchte die Verwaltung den Mitgliedern des Personal- und Verwaltungsausschusses einen Deckungsvorschlag unterbreiten und die Vorlage einer entsprechenden Beschlussvorschlagserweiterung zuführen. Demnach solle der Beschlussvorschlag um den Satz „Die Deckung ist innerhalb des Personalkostenverbundes zu erwirtschaften.“ ergänzt werden. Die Erwirtschaftung der Deckung innerhalb des Personalkostenverbundes sei für das Haushaltsjahr 2021 sichergestellt. Die Deckung innerhalb des Personalkostenverbundes für die Folgejahre könne nur sichergestellt werden, wenn insbesondere die beteiligten Fachbereiche im Rahmen der nächsten Stelleneinrichtungsanmeldungen zur Erwirtschaftung des Deckungsausgleiches gegebenenfalls andere Bedarfe und Aufgaben hintenanstellten.

Ratsfrau Eschweiler (CDU) unterstreicht, dass ihre Fraktion den Stelleneinrichtungen zustimmen werde, da für diese Stellen natürlich eine inhaltliche Notwendigkeit bestehe. Der fehlende Deckungsvorschlag habe jedoch in den Vorberatungsgesprächen Anlass zur Kritik aufkommen lassen. Dies auch vor dem Hintergrund, dass man sich bewusst für die beiden neuen Ausschüsse (AAWR und AWD) entschieden habe. Für die Zukunft bitte sie alle Fachbereiche dafür Sorge zu tragen, das Stellenplanverfahren nicht selber auszuhöhlen. Zum besseren Verständnis müssten im Vorfeld gehaltvollere Informationen in Form von Arbeitsplatzbeschreibungen und Eingruppierungsvorgaben vorliegen. Darüber hinaus müsse darauf geachtet werden, dass für alle zukünftigen unterjährigen Stelleneinrichtungen entsprechende Deckungsvorschläge vorlägen.

Ratsherr Pilgram (GRÜNE) äußert seine Verwunderung über die inhaltlichen Problemstellungen, da diese „Uraltthemen“ betreffen und nicht neu seien. Zudem seien ihm die jeweiligen Aufgabenprofile nicht klar und er frage sich, welche konkreten Arbeitsergebnisse erzielt werden sollten und wo die Vorteile für die Stadt Aachen lägen.

Herr Dr. Kremer (Dezernat V) merkt an, dass sich der Verwaltungsvorstand in 2 Sitzungen intensiv mit der Thematik beschäftigt habe und der Stelleneinrichtungsbedarf gegeben sei. Er räume jedoch ein, dass die Verwaltung im Rahmen der Vorlage inhaltlich sehr an der Oberfläche geblieben sei. Da Herr Begaß (FB 02) in der heutigen Ausschusssitzung persönlich anwesend sei, bitte er diesen, die konkreten Aspekte der Stellenbedarfe zu erläutern.

Herr Begaß (FB 02) schildert, dass die grenzüberschreitende und regionale Zusammenarbeit eine enorme Bedeutung erfahren habe. Dies werde besonders deutlich bei dem mit nahezu 15 Mrd € geförderten Transformationsprozess im „Rheinischen Revier“. Hier stehe man unweigerlich auch auf der strategischen Ebene vor Veränderungen. Zur Erarbeitung konkreter Lösungen sei eine Zusammenarbeit mit anderen relevanten Akteuren -auch aus dem Hochschulbereich- gefragt bzw. erforderlich. So stünden bereits seit April 2021 erste Fördermittel zur Verfügung, die vor Ort in zielführende Projekte geleitet werden müssten. Konkret stelle er in Aussicht, dass unter anderem die Projekte für das Entwicklungskonzept „Sportpark Soers“, das Nutzungs- und Vermarktungskonzept „Aachen-Nord“ und das Konzept zur „Entwicklung des Standortes in Aachen-Rothe Erde“ einer solchen Förderung zugeführt werden sollten. Die hierzu veröffentlichten Förderrichtlinien definierten jedoch einen komplexen, mehrstufigen Genehmigungsweg als Voraussetzung. Da die Förderkulissen jetzt geöffnet seien, müsse mit Hochdruck Netzwerkarbeit geleistet und erforderliche Konzepte zwingend im regionalen Konsens erarbeitet werden. Die Verwaltung dürfe nicht zögern, ihre Chancen jetzt zu nutzen.

Herr Lübben (GRÜNE) betont, dass er den Ausführungen von Herrn Begaß sehr zustimme. Er hinterfragt, ob es für die Stadt Aachen in diesem Kontext nicht sinnvoll sei, Gesellschafterin der Zukunftsagentur Rheinisches Revier GmbH (ZRR) zu werden.

Herr Begaß (FB 02) erläutert, dass diese Vorgehensweise zwar optimal wäre, die Verwaltung dies jedoch nicht beabsichtige, weil sich die räumliche Verbindung der Stadt zum „Rheinischen Revier“ nur mittelbar über die StädteRegion ergebe. Aus diesem Grund sei es umso wichtiger, die beabsichtigten Stelleneinrichtungen einer frühestmöglichen Besetzung zuzuführen.

Frau Nussbaum (CDU) erkundigt sich aufgrund der Ausführungen von Herrn Begaß zu weiteren Projekten (z.B. Sportpark Soers) zum einen, inwieweit noch weitere Stelleneinrichtungsanträge zu erwarten seien und zum anderen, ob die beabsichtigten Ausschreibungen (intern/extern) der aktuell vorliegenden Stelleneinrichtungen auch interessierten Nachwuchskräften zugänglich gemacht würden.

Herr Dr. Kremer (Dezernat V) bestätigt, dass die beabsichtigten Ausschreibungen auch interessierten Nachwuchskräften zugänglich gemacht würden, soweit sie die Ausschreibungsbedingungen erfüllten.

Abschließend merkt Herr Begaß (FB 02) an, dass die 3,0 Stellen in den Fachbereichen 02 und 61 zunächst nur den Unterbau gewährleisten und die gewünschten Zugänge erarbeiteten. Es könne nicht erwartet werden, dass mit diesen 3,0 Stellen zudem die Umsetzung bzw. Projektrealisation zu bewältigen seien. Jedoch wären dann bestenfalls die Fördergelder da. In diesem Kontext weise er zudem darauf hin, dass der Verwaltung im Rahmen der Regionalplanung und -entwicklung unter anderem auch noch

verschiedene Ratsanträge mit Projektaufträgen vorlägen, welche gegebenenfalls weitere Aufstockungen von personellen Ressourcen erforderlich machten. Beispielsweise führe er hier den Antrag „Wasserstoff-Modellregion Aachen“ an. Auch bei diesem Vorhaben sei die Verwaltung zu einer aktiven Unterstützung des Projekts beauftragt worden.

Der Personal- und Verwaltungsausschuss beschließt den nachfolgend geänderten Beschluss einstimmig.

Beschluss:

Auf Vorschlag der Oberbürgermeisterin empfiehlt der Personal- und Verwaltungsausschuss dem Rat der Stadt Aachen für den Stellenplan 2021 die Einrichtung von

- 2,0 Stellen im Fachbereich Wirtschaft, Wissenschaft, Digitalisierung und Europa (FB 02), ausgewiesen nach Entgeltgruppe 13 TVöD
- 1,0 Stelle im Fachbereich Stadtentwicklung, -planung und Mobilitätsinfrastruktur (FB 61), ausgewiesen nach Entgeltgruppe 13 TVöD

für die Regionalplanung und -entwicklung. Die Deckung ist innerhalb des Personalkostenverbundes zu erwirtschaften.

zu 5 Mitteilungen der Verwaltung

Nachfrage zur Personalkostenhochrechnung 2021 aus der Sitzung des Finanzausschusses am 08.06.2021

Herr Eickholt (GRÜNE) berichtet, dass die Kämmerin in der Sitzung des Finanzausschusses die Aussage getätigt habe, dass der Personaletat um 4 Mio. € zu hoch angesetzt sei und daher einer kritischen Betrachtung unterzogen werden müsse.

Herr Dr. Kremer (Dezernat V) betont, dass es sich bei der Personalkostenhochrechnung 2021 um eine sorgfältig errechnete Prognose handele, es allerdings bei einem Volumen von rund 270 Mio. € durchaus Schwankungen in einer solchen Größenordnung geben könne. Die Verwaltung werde auf Wunsch gerne eine entsprechend verständliche Informationsvorlage vorbereiten oder mündlich für die Mitglieder des Personal- und Verwaltungsausschusses bzw. bei entsprechendem Interesse berichten.

Ratsherr Pilgram (GRÜNE) unterstreicht die Wichtigkeit einer verwaltungsseitigen Aufklärung der Angelegenheit.

Die Ausschussvorsitzende Ratsfrau Fohn (CDU) schließt die Sitzung um 18:20 Uhr.

Annika Fohn
Ausschussvorsitzende

Kerstin Bläsius
Schriftführerin

gesehen:

Sibylle Keupen
Oberbürgermeisterin